Foto: Mathis Fotografie



Foto: Mario Urbantschitsch



Foto: Eva Manhart



AK-Präsidentin Renate Anderl (Mitte) und ÖGB-Chef Wolfgang Katzian (re.) wollen ein Bonus-Malus-System – vom Pinken Johannes Gasser gibt es schon vorab eine Absage.

Krank oder arbeitsfähig? Neos wollen Zwischenstufe einführen

Ältere länger im Job halten: Die SPÖ will für Unternehmen ein Bonus-Malus-System. Die Neos haben eine andere Idee.

Wer mit über 50 den Job verliert, findet oft nur schwer zurück ins Berufsleben. Um dem entgegenzuwirken, schlug die SPÖ ein „Bonus-Malus-System“ für Unternehmen vor. Wer viele Ältere beschäftigt, wird belohnt, wer wenige im Sold hat, bestraft.

Heute wollen Arbeiterkammer und der Gewerkschaftsbund (ÖGB) erneut einen Anlauf für dieses Modell starten. Aber schon im Vorhinein gibt es von den Neos eine klare Absage. Denn die sehen das Problem im Gesundheitszustand der älteren Generation. 41 Prozent der Arbeitslosen über 50 haben gesundheitliche Einschränkungen. „Strafzahlungen heilen keinen kaputten Rücken“, sagt Neos-Sozialsprecher Johannes Gasser.

Er bringt als Gegenvorschlag die im Regierungsprogramm vereinbarte Teilarbeitsfähigkeit ins Spiel. Wer nach Jahrzehnten in einem körperlich anstrengenden Beruf nicht mehr Vollzeit arbeiten kann, soll mit reduzierter Arbeitszeit und einem finanziellen Zuschuss im Job bleiben können.

„Bisher war unser System sehr auf Schwarz-Weiß-Denken ausgelegt: Du bist voll arbeitsfähig oder gar nicht. Dabei gibt es genug Schattierungen dazwischen“, sagt Gasser. Es brauche frühzeitige Umschulungen, gezielte Hilfe beim Wiedereinstieg und eine Reform des Rehageldes. J. Kapellari

Erneut Rekord beim Zivildienst

Neuer Monat, altes Bild: Im Oktober gab es einen neuerlichen Ansturm bei den Zivildienst-Meldungen

Was im August begann, ist längst kein Ausreißer mehr. Auch im Oktober melden die Statistiker einen Höchstwert: 1698 junge Männer haben sich österreichweit für den Zivildienst entschieden, so viele wie noch nie in einem Oktober. Das zeigen Zahlen aus dem Ministerium von Claudia Bauer (ÖVP), die der „Krone“ vorliegen.

Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das ein Plus von knapp 32 Prozent, gegenüber 2024 von 34 Prozent. Damit setzt sich fort, was sich im Sommer abgezeichnet hatte. Schon im August gab es 1327 Zivildiensterklärungen, um knapp 52 Prozent mehr als im Jahr davor. Bis Ende Oktober stehen heuer 14.599 Erklärungen zu Buche, ein Plus von 8,5 Prozent. Die Zeichen stehen zudem auf einen generellen Jahresrekord. Die Wehrdienstverlängerung „dürfte da eine Rolle spielen“, sagt Bauer. Sie habe sich deshalb für eine gleichzeitige Verlängerung beider Dienste eingesetzt, „damit kein Ungleichgewicht entsteht“. Dieses Ungleichgewicht ist wegen der Neos, die darauf beharren, im Koalitionsmodell aber angelegt.

Der Zivildienst wird nur dann auf elf Monate verlängert, wenn die Zahl der Grundwehrdiener in einem Jahr unter 13.875 fällt. Selbst dann gilt die Verlängerung erst ab übernächstem Jahr. Rutscht man 2027 unter die Schwelle, käme der längere Zivildienst erst 2029. Das Modell kommt wahrscheinlich, fix ist es nicht. Für die Zweidrittelmehrheit braucht die Regierung die Opposition. Insider rechnen mit einer Last-Minute-Einigung im Dezember mit Grün. N. Frings



Foto: HARALD SCHNEIDER



Foto: APA

Pilnacek-Tod bewegt Politik

DREI MONATE LÄNGER

Spiel auf Zeit? Freiheitliche orten Verzögerungstaktik im U-Ausschuss

Im Pilnacek-U-Ausschuss tickt die Uhr. Morgen findet der letzte reguläre Termin statt, durch einen Antrag der FPÖ verlängert sich der Ausschuss ab diesem Tag aber um drei Monate. Doch offenbar stockt die Planung der nächsten Zeugenbefragungen. Die Freiheitlichen orten eine Verzögerungstaktik. Die ÖVP lasse Ladungs-Beschlüsse liegen und spiele bewusst auf Zeit. Jeder Tag ohne Befragung sei schließlich ein gewonnener Tag. Auch die Grünen sollen laut FPÖ einige Termine im Dezember blockieren. Das liege laut Nina Tomaselli aber „an der Kurzfristigkeit“ des Verlängerungsantrages. Sie ist sich sicher, „dass wir da eine Lösung finden werden“.

ZITAT ZUM TAG

Auf diesen Landfriedensbruch müssen harte Strafen folgen.



Der deutsche Innenminister **Alexander Dobrindt** zu den Krawallen in der Halloween-Nacht

Foto: Christian Mang

INTERVIEW

Zu wenig Selbstkritik: Doris Bures rechnet mit Noch-SPÖ-Chef Babler ab

Sie gilt schon seit Langem als schärfste Kritikerin von Andreas Babler in der SPÖ. Nun findet Doris Bures, Dritte Nationalratspräsidentin und stellvertretende Parteivorsitzende, noch klarere Worte. Bei Babler seien „weder Selbstkritik noch Nachdenklichkeit im ausreichenden Maß vorhanden“, sagte Bures im Interview mit dem „Profil“. Der Vizekanzler habe auch den Mund zu voll genommen. „Er packte an, aber auch er musste erkennen, dass viel von dem, was er sich vorgenommen hat, was er versprochen hat, in der Umsetzung einer pragmatischen Politik an Grenzen gestoßen ist.“

ERZBISCHOF

Kirche gegen neue Nachzugs-Quoten

Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) will im nächsten Jahr lediglich 314 Menschen über den Weg des Familiennachzugs ins Land lassen. Er glaube nicht, dass es integrationsfördernd sei, „wenn man Familien zerreißt“, sagte der Wiener Erzbischof Josef Grünwidl dazu auf Ö1.

WEIN AUS ÖSTERREICH

Jetzt gesellt sich auch Wiener Bürgermeister zur „Spritzer-Allianz“

„Wer einen Spritzer bestellt, soll heimischen Wein bekommen.“ Mit Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig (im Bild) sitzt nun ein weiterer prominenter Unterstützer mit am Tisch der „Spritzer-Allianz“. Angestoßen haben die Debatte Weinbaupräsident Johannes Schmuckenschlager und Wein-Burgenland-Chef Herbert Oschep. Ihre Forderung ist simpel: Wo Spritzer draufsteht, muss rot-weiß-roter Wein drin sein. „Das schafft Transparenz für die Gäste und stärkt unsere Betriebe“, sieht das auch Ludwig so. Rund 500 Millionen G'spritzte werden hierzulande jährlich getrunken.



Foto: Mario Urbantschitsch

Thema des Tages



CLAUS PÁNDI

Im Kürbiskostüm auf der Couch

Krawall in Europa, nur in Österreich feierten (nicht nur) die Jungen Halloween heiter im Kürbiskostüm.

Nichts passiert also wieder einmal. Das ist ja fein. Bloß: Warum ist es bei uns so anders als anderswo?

Einfache Erklärung: Österreich hat keine Tradition des Aufstands wie die Franzosen seit ihrer Revolution 1789. Es gibt keine Kultur des Steinewerfens, wie sie in Deutschland bei einem späteren Außenminister wie Joschka Fischer am Beginn seiner Politisierung gestanden hat. Österreich hat auch keine Terrorvergangenheit wie Italien mit den Roten Brigaden.

Hierzulande muss man sich meistens nur mit kleineren und gröberen Ungemütlichkeiten wie zu hohen Gaspreisen, langen Wartezeiten in Spitalsambulanzen oder Verspätungen der S-Bahn bei Schneefall abfinden. Und abgesehen davon, dass sich das mit dem Schnee ohnehin bald aufhören wird, sind wir ganz gut im Arrangieren mit den Ärgernissen des Alltags.

So weit die einfache Erklärung. Es steckt allerdings noch eine kompliziertere Geschichte dahinter: Österreich ist es gelungen, ein teures, aber stabiles Sozialnetz zu knüpfen, ein bei allen Schwächen funktionierendes Schulsystem zu erhalten oder in Wien bis noch vor wenigen Jahren mit einem Gemeindebauprogramm eine Wohnungsnot wie in anderen Ländern nicht aufkommen zu lassen.

Also Vorsicht, bevor da einige mit der Abrissbirne anrücken. Sonst könnte es passieren, dass die Jungen nicht im Kürbiskostüm auf der Couch hocken bleiben.